

Kurz berichtet



Drachenkinder Frederik hat beim Termin mit Sozialminister Manfred Lucha sehr gute Laune. FOTO: TBF

Manfred Lucha enthüllt neue Briefmarke der Drachenkinderaktion von Radio 7

RAVENSBURG (tbf) - Die Charity-Aktion Drachenkinder von Radio 7 hat zum sechsten Mal eine Sonderbriefmarke präsentiert. Der baden-württembergische Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) enthüllte sie am Montag in Ravensburg. Mit dabei war auch Drachenkinder Frederik Wolff, der sich sichtlich über den Termin freute. „Ich habe meine Amtskollegen bereits gebeten, für ihre Weihnachtspost diese Briefmarke zu verwenden“, verrät Lucha. Die Briefmarke kostet in diesem Jahr 75 Cent, wovon pro Exemplar fünf Cent kranken, traumatisierten und behinderten Kindern zugutekommen. Über die Briefkästen von Südmil, Südwest Mail und Ostalb Mail können damit Standardbriefe bundesweit verschickt werden.

Stuttgarter Polizei ermittelt gegen Pforzheimer Beamte

PFORZHEIM (dpa) - Im mutmaßlichen Fall von Polizeigewalt in Pforzheim hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen möglicher Körperverletzung im Amt eingeleitet. Das Stuttgarter Präsidium übernehme nun die Ermittlungen, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Pforzheim. Dabei gehe es darum, die Rechtmäßigkeit des Einsatzes vom Samstag zu überprüfen. Von dem Zugriff gegen einen 25-Jährigen kursieren Videoaufnahmen. Zu sehen ist unter anderem, wie ein Polizist einen am Boden liegenden und fixierten Mann schlägt. Nun müssten unter anderem die beteiligten Beamten und weitere Zeugen befragt werden, sagte der Sprecher.

Strafbefehle gegen Polizisten nach Vorfall mit Elfjährigem in Handschellen

SINGEN (dpa) - Weil sie einen Elfjährigen im Februar in Handschellen abgeführt haben sollen, hat die Staatsanwaltschaft Konstanz Strafbefehle gegen zwei Beamte beantragt. Das bestätigte ein Sprecher am Montag. Die Strafbefehle lauteten auf Freiheitsberaubung und Nötigung. Zuerst hatte der SWR berichtet. Die beiden Polizisten hätten gegen die Strafbefehle Einspruch eingelegt, sagte der Sprecher. Sollten sie ihren Einspruch aufrecht erhalten, könnte der Fall vor Gericht landen. Im Fall von zwei weiteren beteiligten Polizisten habe die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung eines Geldbetrags angeordnet, so der Sprecher weiter. Die Beamten seien bei dem Einsatz dabei gewesen und sähen sich demnach dem Vorwurf Schuld durch Unterlassen ausgesetzt, da sie das Verhalten ihrer Kollegen nicht unterbunden hätten.

Ministerpräsident bittet wegen des Islams „alle um Geduld“

FREIBURG (KNA) - Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) bittet beim Umgang des Staates mit dem Islam „alle um Geduld“. Zugleich räumte er im am Montag vorab veröffentlichten Interview der Freiburger „Herder Korrespondenz“ Probleme ein. Schüler wie Eltern seien mit dem islamischen Religionsunterricht an Baden-Württembergs Schulen aktuell „durchaus zufrieden“, so Kretschmann. Zugleich kritisierte der Ministerpräsident, dass der Verband DITIB „am Tropf der Türkei“ hänge und sich davon klar emanzipieren müsse. „Das ist bisher nicht der Fall, wir können immerhin feststellen, dass damit begonnen wurde“, so Kretschmann. Fortschritte sieht er durch „Vorstufen von Islamischen Fakultäten“ an Universitäten. Aber der Islam muss sich aus Kretschmanns Sicht „an manchen Stellen reformieren“.

Terroristin ließ Mädchen qualvoll verdursten

Gericht verurteilt niedersächsische IS-Rückkehrerin zu zehn Jahren Haft

Von Britta Schultejeans

MÜNCHEN (dpa) - Die Vorwürfe sind erschütternd: Ein verklartes Mädchen wird im Irak von einem IS-Mann unter sengender Sonne im Freien angebunden und stirbt. Seit 2019 steht die Ex-Frau des Mannes in München vor Gericht – jetzt ist das Urteil gegen sie gefallen.

Als der Richter das Urteil verkündet, blickt die junge Frau zuerst fast Hilfe suchend zu ihrem Anwalt. Der spricht beruhigend auf sie ein. Dann schaut sie an die Decke des Gerichtssaals A 101. Sie wirkt sehr bewegt.

Zu zehn Jahren Haft hat das Oberlandesgericht München die IS-Rückkehrerin Jennifer W. am Montag verurteilt. Das Gericht geht davon aus, dass die heute 30-Jährige tatenlos dabei zusah, wie ihr damaliger Ehemann im Irak vor sechs Jahren ein erst fünf Jahre altes, jesidisches Mädchen bei sengender Mittagssonne im Hof ankettete und dort qualvoll verdursten ließ.

Das Kind sei „wehrlös und hilflos der Situation ausgesetzt“ gewesen, sagt der Vorsitzende Richter Joachim Baier. Die Angeklagte habe „von Anfang an damit rechnen müssen, dass das in der Sonnenhitze gefesselte Kind sich in Lebensgefahr befand“. Sie habe aber „nichts unternommen“, um dem Mädchen zu helfen – obwohl ihr das „möglich und zumutbar“ gewesen sei. Das Gericht zeigt sich auch überzeugt davon, dass Jennifer W. der Mutter des Mädchens später, als diese um ihr Kind weinte, drohte sie zu erschießen, wenn sie nicht damit aufhöre.

Diese gebrochene Frau, die als Nebenklägerin und wichtigste Zeugin in dem Verfahren aufgetreten war, sitzt ganz hinten im Saal und lässt sich von einer Dolmetscherin flüsternd übersetzen, dass das Gericht Jennifer W. unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland verurteilt, wegen Beihilfe zum versuchten Mord sowie zum versuchten Mord und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wegen Sklaverei mit Todesfolge.

„Das ist für uns ein Sieg“, sagt der Verteidiger der Angeklagten, Ali Aydin. „Ich bin glücklich.“ Denn die Bundesanwaltschaft hatte die junge Frau aus Lohne in Niedersachsen ursprünglich unter anderem wegen



Die Angeklagte Jennifer W. wird vor Beginn der Verhandlung in den Gerichtssaal geführt. Die Frau aus Lohne in Niedersachsen soll als IS-Anhängerin im Irak tatenlos dabei zugesehen haben, wie ein kleines, jesidisches Mädchen in einem Hof angekettet wurde und dort verdurstete. FOTO: SVEN HOPPE/DPA

Mordes und Kriegsverbrechen angeklagt – und eine lebenslange Haftstrafe gefordert. Das Gericht habe im Gegensatz dazu nun aber „einen minderschweren Fall“ angenommen, betont Aydin. Von den zehn Jahren werde seine nicht vorbestrafte Mandantin voraussichtlich nach zwei Dritteln aus der Haft entlassen, drei Jahre und vier Monate davon habe sie mit der Untersuchungshaft schon abgesessen.

Auch die Bundesanwaltschaft verbucht das Urteil als Erfolg für sich: Das Gericht sei ihrer Argumentation „in allen wesentlichen Punkten verfolgt“. Es sei nun klar, dass die Angeklagte ganz persönlich strafrechtlich für die Taten zur Verantwortung zu ziehen sei. Ob sie Rechtsmittel einlegen, lassen Verteidigung und Bundesanwaltschaft beide zu nächst offen.

Der Angeklagten seien die menschenfeindlichen Ziele und Taten des IS bekannt gewesen, als sie in den Irak ausreiste, um sich der Organisation anzuschließen, betont Richter Baier in seinem Urteilspruch. Jennifer W. und ihr Ehemann

hätten die Mutter des gestorbenen Mädchens als Hausklavin ausgebeutet, führt er aus. Jennifer W. habe ihren Mann oft dazu angestachelt. Sie habe mit ihrer IS-Mitgliedschaft die „Vernichtung der jesidischen Religion“ und die „Versklavung des jesidischen Volkes“ unterstützt.

Der Prozess gegen Jennifer W. hatte bei seinem Auftakt im April 2019 Schlagzeilen gemacht, auch weil eine äußerst prominente Anwältin anfangs eine zentrale Rolle spielt: die Menschenrechtsexpertin und Ehefrau des Schauspielers George Clooney, Amal Clooney, die die Nebenklägerin und Mutter des getöteten Mädchens vertritt, vor Gericht in München aber nie erschien. Vor dem Prozess ließ sie in einer gemeinsamen Erklärung der Nebenklage und der jesidischen Organisation Yazda verlauten: „Jesidische Opfer warten schon viel zu lange auf ihre Gelegenheit, vor Gericht auszusagen.“

Nach Yazda-Angaben war der Münchner Prozess seinerzeit die weltweit erste Anklage wegen Straftaten von IS-Mitgliedern gegen die

religiöse Minderheit der Jesiden. Der ehemalige Ehemann von Jennifer W. steht in Frankfurt inzwischen auch wegen der Tatvorwürfe vor Gericht.

Die Jesidin und Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad nannte den Münchner Prozess 2019 einen großen Moment und ein wichtiges Verfahren für alle jesidischen Überlebenden. „Jeder Überlebende, mit dem ich gesprochen habe, wartet auf ein und dieselbe Sache: Dass die Täter für ihre Taten gegen die Jesiden, insbesondere gegen Frauen und Kinder, verfolgt und vor Gericht gestellt werden.“

Dass der IS Jesiden brutal verfolgte, stehe außer Frage, betont auch Anwalt Aydin nach dem Urteil: „Niemand verkennt dieses Leid.“ Die Frage des Prozesses sei aber gewesen, wie seine Mandantin ganz persönlich daran beteiligt gewesen sei. Die Frau hatte dem Gericht in ihrem Schlusswort vorgeworfen, an ihr solle ein Exempel statuiert werden. Auch ihr Anwalt sagt nun zum Abschluss: „Dieses Verfahren hat etwas Historisches.“

Kretschmann verspricht Kampf gegen Bürokratie

Task Force soll Ausbau der Windkraft beschleunigen – Bürgermeister im Land skeptisch

Von Kara Ballarin

STUTT GART - Wegen überbordender Bürokratie gerät Deutschland laut Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ins Hintertreffen. „Wir dürfen uns nicht weiter daran gewöhnen, sondern müssen es uns abgewöhnen, dass alles unter einem bürokratischen Wust erstickt“, sagte der Regierungschef vor rund 600 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern am Montag in Stuttgart. „Ich verspreche ihnen, das werden wir angehen.“ Als ersten Schritt nannte er den schnelleren Ausbau der Windkraft, um den sich ab Dienstag eine neue Task Force kümmern soll. Die Rathauspitzen teilen Kretschmanns Analyse – an Veränderung aber glauben sie kaum.

Alle zwei Jahre lädt der Gemeindegat, der die kleinen und mittleren Kommunen im Land vertritt, zur Kommunalpolitischen Kundgebung. Spätestens seit 2015 dürfte Kretschmann diesen Treffen mit gemischten Gefühlen entgegenblicken. Damals erntete er während seiner Rede Pfiffe, Gelächter und Buh-Rufe. Der Hauptgrund: Die damals grünrote Regierungskoalition hatte zuvor die Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene gestärkt. Sie machte den Weg frei für Bürgerentscheide zur Bauleitplanung vor Ort. Der damalige Verbandspräsident Roger Kehle (CDU) sprach von unnötigen Vorgaben und von einem Misstrauen gegenüber den Entscheidern vor Ort.

Die Stimmung am Montag in der Stuttgarter Schleyer-Halle war deutlich freundlicher. Die Bürgerentscheide waren aber erneut Thema. Kehles Nachfolger Steffen Jäger



Den Bürokratieabbau stellt Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ins Zentrum seiner dritten Amtszeit. FOTO: CHRISTOPHE GATEAU/DPA

(CDU) nannte sie als Grund dafür, dass wichtige Entwicklungen ausgebremst würden. „Das ist keine unendifferenzierte Ablehnung einer konstruktiven Einbindung der Bürgerinnen und Bürger“, so Jäger. Aber: „Wir werden es nicht schaffen, den Klimawandel zu gestalten, wenn wir es nicht schaffen das Allgemeinwohl gegen Individualinteressen durchzusetzen.“ Das gelte für den Bau von Windrädern ebenso wie für Mobilfunkmasten und für neue Wohnhäuser auf innerörtlichen Baulücken – Stichwort: Nachverdichtung.

Nicht die Bürgerbeteiligung verhindere wichtige Bauvorhaben, entgegnete Kretschmann. „Es sind in der Regel Klagen, die Bürger anstrengen, die zu Verzögerungen führen.“ Und: Die Bürokratie bremse. Bis ein Windrad stehe, dauere es in der Regel sechs bis sieben Jahre. „Wir brauchen

mindestens eine Halbierung der Planungs- und Umsetzungszeiten. Das geht nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung“, so Kretschmann. Gerade der Ausbau regenerativer Energiequellen müsse deutlich schneller werden. „Wir brauchen Strom, Strom und nochmal Strom.“

Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Dafür sollen zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft und Photovoltaik reserviert sein. Im Staatswald sollen bis zu 1000 Windräder entstehen. „Das wird unser Land nicht ruinieren und auch den Naturschutz nicht wesentlich beeinträchtigen“, sagte Kretschmann. Forstminister Peter Hauk (CDU) hat jüngst die ersten fünf Standorte für 90 mögliche Windräder benannt. Größtes Potenzial sieht er im Altdorfer Wald im Kreis Ravensburg.

Eine Task Force, die die Landesregierung am Dienstag gründen will, soll den Ausbau der Erneuerbaren vorantreiben. „Wie können wir es vermeiden, dass ein Bürgermeister vor Ort zerrieben wird?“, nannte Kretschmann als eine der Fragen, um die sich die Task Force kümmern soll. In der Gemeinde sollten nur örtlich spezifische Fragen diskutiert werden – nicht die allgemeinen, etwa zum Infraschall durch Windräder. „Wir brauchen klare Zuständigkeiten, verlässliche Verfahren, eine gute Ordnung der Dinge, denn es kann nicht sein, dass ein Bürgermeister wegen jedem Windrad durchs Feuer muss.“ Das sei der erste Schritt zum Bürokratieabbau, den Kretschmann ins Zentrum seiner dritten Amtszeit stellt. „Das Thema ist natürlich überhaupt nicht sexy“, sei aber zwingend nötig, so Kretschmann. „Das werden wir am Beispiel Windkraft durchexerzieren und dann auf anderes Verwaltungshandeln übertragen.“

Kretschmanns Analyse stimme zwar, sagte Mario Glaser (parteilos), Bürgermeister aus Schemmerhofen im Kreis Biberach. Um eine echte Beschleunigung zu erreichen, seien aber grundlegende Gesetzesänderungen nötig. „Ich glaube nicht, dass die Landesregierung dazu die Kraft hat“, so Glaser. „Das würde große Einschnitte bei Bürgerrechten und bei Natur- und Artenschutz bedeuten.“ Glasers Amtskollege Elmar Braun (Grüne) aus dem benachbarten Maselheim zweifelt ebenfalls. „Die Task Force macht das Prozedere noch länger, wenn da nur die Amtschefs der Ministerien zusammensitzen.“ Die hätten längst gemeinsam eine Beschleunigung angehen können.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Journal/Kultur: Katja Waizneggner, Sport: Martin Deck, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Steffi Dobmeier (digital), Andreas Müller;

Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser, Leitender Redakteur (Editorenpool): Dirk Augustin
Politik: Katja Korf, Wirtschaft: Benjamin Wagener, Journal/Kultur: Katja Waizneggner, Sport: Martin Deck, Belagen/Wochenende: Simone Haeffle, Gestaltung: Hassan Al Mohtasib, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnanh
Redaktion Berlin: Claudia Kling

Regionalsprecher Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg.
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher

Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Belagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 73 vom 1.1.2021.
Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de